



# **Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen**



**für entwicklungspolitische  
Aktivitäten und globale  
Kooperation in der Einen Welt**

Die multilaterale Weltordnung befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Freiheitliche Werte, regelbasierte Bündnisse und bewährte rechtliche Vereinbarungen auf internationaler Ebene werden grundlegend in Frage gestellt. Länder des Globalen Südens gewinnen an weltpolitischem Gewicht. Kriege und Konflikte, fortschreitender Klimawandel, Biodiversitätsverlust und zunehmende Migrations- und Fluchtbewegungen erweitern das Spannungsfeld, in dem geostrategische Interessen wichtiger werden und nationalstaatliche Reflexe einzelner Akteure zunehmen. Machtpolitiken verdrängen zunehmend die Prinzipien der Kooperation und des Völkerrechts. Hinzu kommen wachsende wirtschaftliche Herausforderungen, die Folgen der Covid-19-Pandemie, Abhängigkeiten bei kritischen Infrastrukturen und Rohstoffen. Und schließlich stellen rasante Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Nicht zuletzt ist die Zeitenwende eine zentrale Aufgabe für Deutschland und zugleich auch Auftrag für das Land Nordrhein-Westfalen. Angesichts eines zunehmend volatilen geopolitischen Umfeldes gilt es deshalb, für Nordrhein-Westfalen seine Interessen zu definieren, Innovation voranzubringen und für demokratische Werte in Europa einzustehen. Jahrzehntelange Erfahrungen in komplexen Transformationsprozessen, eine ambitionierte Klima- und Wirtschaftspolitik sowie belastbare internationale Beziehungen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verteidigung, Kommunen und zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit bieten dabei ein solides Fundament für Wohlstand und Sicherheit.

Das entwicklungspolitische Engagement der Landesregierung ist historisch gewachsen und fest verankert im Regierungshandeln. Über die Jahre hat Nordrhein-Westfalen mit eigenen Initiativen und Konzepten im Ländervergleich eine Vorreiterrolle eingenommen, die zugleich Auftrag und Anspruch ist. Die Leitlinien der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für entwicklungspolitische Aktivitäten und globale Kooperation sind vor diesem Hintergrund Ausdruck unserer Verortung in einer multipolaren Welt. Sie verbinden unsere sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessen sowie unsere Mitverantwortung als Teil der Einen Welt mit Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit und globalen Kooperation.

Nordrhein-Westfalen macht sich stark für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die Geltung des Völkerrechts und regelbasierte, multilaterale Kooperationen. Wir engagieren uns für Menschenrechte und den Schutz der ökologischen Lebensgrundlagen. Unser internationales Engagement ist unter anderem auch eine Investition in die Zukunftsfähigkeit und die Resilienz unseres Landes. Internationale globale Entwicklungen haben auch Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen. Stabile Allianzen auf Landesebene sind daher im Interesse des Landes.

Von den Erfahrungen anderer Länder und Regionen hinsichtlich ihrer Transformationsprozesse können wir lernen. Alle Staaten und Regionen dieser Welt sind gefragt, zur Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Herausforderungen beizutragen. Humanitäre Hilfe und Armutsbekämpfung dürfen trotz aller Herausforderungen und Umbrüche nicht an Priorität verlieren.

Für eine erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit braucht es langfristiges Engagement, fachliche Expertise und organisatorische Erfahrung. In enger Zusammenarbeit mit dem Bund, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftlichen und Diaspora-Initiativen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wirtschaft, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie Kommunen fördern wir faire Partnerschaften und setzen uns für den Schutz des Gemeinwohls und für nachhaltige Entwicklung ein. Unsere entwicklungspolitischen Aktivitäten entlassen unsere internationalen Partner dabei nicht aus ihrer Verantwortung, notwendige Reformen für Entwicklung anzustoßen und umzusetzen. Vielmehr bieten wir zielgerichtete Unterstützung, wann immer diese gewünscht ist. Selbstbestimmung und Subsidiarität sowie der Schutz der Menschenrechte bleiben für uns als Landesregierung zentrale Werte in der internationalen Zusammenarbeit. Gerade in Zeiten von geopolitischen Umbrüchen setzen wir bewusst auf faire, gleichberechtigte Partnerschaften, die die Interessen und Expertise beider Seiten einbeziehen.

Das Konzept der Partnerschaften entfaltet seine Wirkung nicht nur im Ausland. Vielmehr verfolgen wir den Ansatz einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit ebenso innerhalb Nordrhein-Westfalens. Gemeinsam mit Kommunen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Diaspora-Initiativen, Wissenschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften bringen wir unsere jeweiligen Kompetenzen für nachhaltige Entwicklung ein. Gerade die komplexen Herausforderungen in schwierigen Zeiten zeigen, dass unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Zugänge unerlässlich sind, um tragfähige Lösungen zu entwickeln. Städte und Kommunen leisten einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge und damit auch zur Stärkung demokratischer Strukturen. Eine enge ebenen-übergreifende Zusammenarbeit ist wichtiger denn je. Nordrhein-Westfalen steht dabei für eine vielfältige, engagierte entwicklungspolitische Gemeinschaft, die Verantwortung übernimmt und Zukunft gestaltet – lokal verankert, global verbunden.

Seine entwicklungspolitischen Aktivitäten versteht Nordrhein-Westfalen als einen Baustein einer multidimensionalen Friedens- und Sicherheitsarchitektur, die nicht nur militärische Aspekte berücksichtigt, sondern auch die gesamtgesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und digitale Resilienz in den Blick nimmt.

Dieses breite Verständnis von Sicherheit ist geprägt von den Erfahrungen eines Landes im Wandel: von Strukturveränderungen und neuen Chancen, von Krisen und gemeinsamer Bewältigung. Sie haben uns gelehrt, dass Sicherheit nicht allein durch Schutz, sondern vor allem durch Vorsorge, Zusammenarbeit und nachhaltigem Handeln entsteht. Sie basiert auf wirtschaftlicher Innovationsfähigkeit, sozialem Zusammenhalt, technologischer Souveränität, ökologischer Stabilität und strategischer, regelbasierter internationaler Kooperation. Mit diesen Leitlinien können wir den Weg dorthin gestalten und die entwicklungspolitischen Ziele des Landes kohärent und wirksam verfolgen. Dabei verfolgen die Leitlinien einen klaren entwicklungspolitischen Auftrag unter Berücksichtigung und Abstimmung mit sinnvollen Instrumenten, Aktivitäten und den Zielen der Außenwirtschaftsförderung.

Die verfügbaren Mittel verwenden wir effizient und effektiv, um konkrete und nachhaltige Ergebnisse zu erzielen. Der Haushaltsvorbehalt greift auch für die entwicklungspolitischen Aktivitäten und globale Kooperation des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir setzen deshalb klare Prioritäten und konzentrieren uns auf die Prozesse und Bereiche, in denen wir als Land über die notwendigen Kompetenzen, Zuständigkeiten und Strukturen verfügen. Die Entwicklungspolitik der Landesregierung Nordrhein-Westfalen greift auf die Impulse des Neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik zurück und versteht sich als eigenständiger Teil der europäischen und deutschen Entwicklungspolitik. Unser Engagement steht im Einklang mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz zur Entwicklungspolitik.

Transparenz verstehen wir als essenzielles Merkmal demokratischen Handelns. In diesem Sinne informieren wir regelmäßig den Landtag und die Öffentlichkeit über unsere entwicklungspolitischen und internationalen Aktivitäten.

Die Agenda 2030 mit den 17 Zielen zur nachhaltigen Entwicklung ist Leitbild und Handlungsrahmen für die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Zusammen mit der BNE-Strategie NRW und der Nachhaltigkeitsstrategie.NRW bilden die entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes einen kohärenten Rahmen. Um unsere Lebensgrundlagen, Demokratie und Sicherheit zu erhalten, ist kollektives Handeln wichtiger denn je. Deshalb begleiten wir im Rahmen unserer entwicklungspolitischen Aktivitäten die Diskussion „Beyond 2030“.

## **Strategische Partnerschaften – Erfolgreiche Kooperationen vertiefen**

Der Fokus auf ausgewählte Partnerländer ist Ausdruck des effizienten Einsatzes der verfügbaren Ressourcen und ermöglicht gleichzeitig langfristige und krisenfeste Kooperationsbeziehungen.

2007 ist das Land Nordrhein-Westfalen eine Partnerschaft mit Ghana eingegangen. Ghana gilt in der Region als Stabilitätsanker mit mehreren demokratischen Regierungswechseln. Im Laufe der Jahre wurden erfolgreiche Kooperationen und Projekte in den Bereichen nachhaltige Wirtschaftsförderung, Gesundheitspartnerschaften, Hochschulkooperationen und Verwaltungszusammenarbeit umgesetzt.

Mit unserer seit 2021 bestehenden Partnerschaft mit Nordmazedonien leisten wir einen Beitrag dazu, den Westbalkan als Wirtschafts- und Wertepartner in Südosteuropa zu stärken und an die Europäische Union heranzuführen. Die Zusammenarbeit umfasst neben dem Austausch auf Regierungsebene auch Projekte der beruflichen Bildung, im Mediensektor sowie zur Entwicklung kommunaler Partnerschaften. Die Perspektive auf den EU-Beitritt ist eine Chance, den Frieden vor Ort zu erhalten, die Demokratie zu stabilisieren und die wirtschaftliche, soziale, kulturelle und ökologische Entwicklung anzutreiben. Dies sind wichtige Voraussetzungen, um das Land in seinen Bemühungen gegen die Einflussnahme autoritärer Staaten zu unterstützen.

In unseren Partnerschaften konzentrieren wir uns auf etablierte Formate wie Qualifizierungsprogramme für Fachkräfte, Berufsförderprojekte sowie Klinik- und auch Hochschulpartnerschaften. Besonders bewährt haben sich Maßnahmen, die direkte Begegnungen und Austausch ermöglichen. Dazu gehören der Verwaltungsaustausch mit Ghana, bei dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Regierungen mehr über die jeweilige Arbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen lernen, und die Unterstützungsangebote für den Aufbau von kommunalen Kooperationen mit Nordmazedonien. Wichtige Stakeholder in den Partnerschaften sind Vereine aus der Zivilgesellschaft, die jeweilige Diaspora in Nordrhein-Westfalen und die Kommunen.

Die Instrumente der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit kommen auch im Rahmen der Regionalpartnerschaft mit der ukrainischen Region Dnipropetrowsk zum Einsatz, die 2023 vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges geschlossen wurde. Die Unterstützungsmaßnahmen der Landesregierung sind darauf ausgerichtet, die akute Notlage vor Ort zu lindern und zugleich den Wiederaufbau und den Beitrittsprozess der Ukraine zur Europäischen Union konstruktiv zu begleiten. Im Sinne eines ebenen-übergreifenden Ansatzes fördern wir die zivilgesellschaftliche und kommunale Zusammenarbeit und leisten Unterstützung bei der Mobilisierung privatwirtschaftlichen Engagements für den Wiederaufbau.

Die Partnerschaften des Landes Nordrhein-Westfalen mit Ghana, Nordmazedonien und der Oblast Dnipropetrowsk eint das gemeinsame Ziel, durch strategische Zusammenarbeit die Länder und Regionen bei der Bewältigung ihrer spezifischen Herausforderungen zu unterstützen, Austausch zu ermöglichen und Transformationsprozesse im Kontext der Agenda 2030 anzustoßen.

Bei der Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen spielen die nordrhein-westfälischen Kommunen eine Schlüsselrolle. Als Landesregierung fördern wir den kommunalen Fachaustausch in Nordmazedonien, Ghana und den Palästinensischen Gebieten. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit, die Erfahrungen in der kommunalen Selbstverwaltung und die Facharbeit der Kommunen sind für erfolgreiche und nachhaltige internationale Kooperationen unverzichtbar. Ihre Erfahrungen und Kompetenzen in Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge sind international gefragt. Aber auch bei uns vor Ort profitieren die Kommunen durch den Fach- und Erfahrungsaustausch: Es gibt in Nordrhein-Westfalen zahlreiche kommunale Partnerschaften und Beziehungen zu Ländern des Globalen Südens. Dieses Engagement gilt es, gemeinsam weiter zu stärken und sichtbar zu machen.

Wir setzen im Rahmen der Zusammenarbeit Impulse, um die Handlungsfähigkeit der Partnerinstitutionen in ausgewählten Bereichen langfristig zu stärken. Es gilt dabei, immer die Souveränität und Selbstbestimmung der Partner zu achten. Diese tragen die Verantwortung, in ihren Ländern die notwendigen Rahmenbedingungen für Entwicklung, Wohlstand und Sicherheit zu schaffen.

## **Förderung von nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung als integraler Bestandteil der entwicklungspolitischen Kooperation**

Wirtschaftliche Zusammenarbeit kann ein starker Hebel für nachhaltige Entwicklung sein, vorausgesetzt, die Zusammenarbeit ist fair, partnerschaftlich und menschenrechtsbasiert gestaltet. Nordrhein-Westfalen ist das wirtschaftsstärkste Bundesland und ein zentraler Industriestandort in Europa. Die aktuellen Umbrüche wirken sich auch auf den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen aus. Gleichzeitig verfügt das Land über das Know-How, innovative Technologien und die erforderliche Transformationskompetenz, um den unausweichlichen Wandel aktiv zu gestalten und wirtschaftliche Potenziale zu erschließen. Als zweitstärkstes Export-Bundesland haben wir ein erhebliches Interesse an stabilen internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Wir erleben aktuell, wie Digitalisierung, Künstliche Intelligenz und technologische Innovationen, aber auch handelspolitische Maßnahmen sowie Lieferkettenprobleme sich weltweit massiv auf die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeits- und Beschäftigungsmarkt auswirken. Für ihre außenwirtschaftlichen Aktivitäten benötigen Unternehmen, Kammern und Verbände in den jeweiligen Ländern verlässliche Rahmenbedingungen. Zudem kann das unternehmerische Engagement in den Ländern gleichzeitig für wichtige Entwicklungsimpulse vor Ort sorgen. Indem sie durch Aus- und Fortbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder durch gezielten Wissens- und Technologietransfer Arbeitsplätze schaffen, stärken die Unternehmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder mit Entwicklungspotenzial. Dabei steht fest, dass diese Wirtschaftsaktivitäten keine Einbahnstraßen sind. Viele Länder sind aufgrund ihrer demografischen Entwicklungen, ihrer Rohstoffvorkommen und durch ihre Schlüsselrolle bei Lieferketten und Zukunftstechnologien bereits strategische Partner und werden in Zukunft noch weiter an Bedeutung gewinnen.

Eine verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen und dem Globalen Süden bei der Transformation zu ressourcenschonendem, klimafreundlichem Wirtschaften kann langfristig dazu beitragen, neue Märkte für Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Gleichzeitig fördert die wirtschaftliche Entwicklung durch die Schaffung von Arbeitsplätzen sozialen Fortschritt und die Eindämmung von Armut. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unserer Partner kann nur Hand in Hand mit einer starken Außenwirtschaftsförderung gelingen. Unsere entwicklungspolitischen Maßnahmen, die im Besonderen maßgebliche Aspekte der Wirtschaftsförderung betreffen, müssen sinnvoll mit dieser verstärkten wirtschaftsbezogenen Zusammenarbeit von Unternehmen abgestimmt werden und zielgerichtet aufeinander aufbauen. Im Sinne einer effizienten Zusammenarbeit über Ebenen hinweg achten wir darauf, auch die kommunale Wirtschaftsförderung in unsere Aktivitäten einzubeziehen.

Die Landesregierung unterstützt in ihrer Entwicklungszusammenarbeit Projekte und Plattformen, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung fördern. Sie setzt zudem auf eine sinnvolle und abgestimmte Vernetzung von entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Akteurinnen und Akteuren. Mit den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern, Einrichtungen zur Außenwirtschaftsförderung, GIZ, Engagement Global sowie weiterer, hier ansässiger – großer wie mittelständischer – Unternehmen, Verbände, Wirtschafts- und Wissenschaftsinstitutionen, Entwicklungsorganisationen, engagierter Kommunen und aktiver gesellschaftlicher Gruppen verfügt Nordrhein-Westfalen über vielfältige Kapazitäten und Kompetenzen an den Schnittstellen von Wirtschaft, Wissenschaft und Entwicklungszusammenarbeit. Diese Kapazitäten sollen zielgerichtet und in enger Abstimmung mit diesen Akteuren genutzt werden.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Entwicklungszusammenarbeit lassen sich häufig nur gemeinsam denken und umsetzen. Diese beiden Ziele wollen wir effektiver und in Abstimmung mit den Akteuren und Institutionen im Land zusammenbringen. Eine Grundvoraussetzung für die Potenziale einer Verzahnung von privatwirtschaftlichem Engagement und den entwicklungspolitischen Interessen der Landesregierung ist dabei, dass die Geschäftspraktiken der Unternehmen im Einklang mit internationalen Regeln und Menschenrechts- und Umwelt-Standards stehen.

Das Deutsch-Afrikanische Wirtschaftsforum Nordrhein-Westfalen unterstützt kleine und mittlere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen dabei, die Chancen des afrikanischen Marktes wahrzunehmen und wirtschaftliche Kooperation mit Partnern vor Ort zu befördern. Dies ist von beiderseitigem Nutzen und fördert den Wissens- und Technologietransfer in beide Richtungen.

Der Transfer von Know-How und wirtschaftlicher Innovation kommt auch bei der Partnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk zum Tragen. Auf der einen Seite fördern wir als Land das privatwirtschaftliche Engagement beim Wiederaufbau, indem wir Informationslücken schließen und so dazu beitragen Investitionshemmnisse abzubauen. Auf der anderen Seite profitiert Nordrhein-Westfalen von den umfangreichen Erfahrungen ukrainischer Unternehmen bei der Digitalisierung, dem Ausbau Erneuerbarer Energien sowie der Produktion von Dual-Use Gütern.

Entwicklungspolitisches Engagement findet sowohl im Ausland als auch im Inland statt. Fairer Handel trägt ebenfalls zur nachhaltigen globalen Entwicklung bei. Unser Konsumverhalten hat Auswirkungen auf die Lebensrealität von Menschen im Globalen Süden. Das Bewusstsein für die Relevanz von Produktionsbedingungen und die eigene Mitverantwortung wächst. Es gibt einen Markt für fair gehandelte Produkte in Nordrhein-Westfalen und zahlreiche Weltläden. Die Landesregierung leistet einen Beitrag zu einem faireren globalen Handel, indem sie sich für eine nachhaltige, faire Beschaffung einsetzt. Konkret unterstützen wir z.B. unsere landeseigenen Vergabestellen, aber auch Kommunen und Unternehmen durch Schulungs- und Qualifizierungsangebote.

## **Humanitäre Hilfe und der Einsatz für Menschenrechte: Solidarität und konkrete Unterstützung**

Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Überschwemmungen und humanitäre Notlagen sorgen für großes menschliches Leid. Auf Grundlage unserer humanitären Verpflichtung unterstützen wir als Land Nordrhein-Westfalen betroffene Länder oder Regionen logistisch, organisatorisch und finanziell im Rahmen unserer Möglichkeiten. Dafür arbeiten wir mit Initiativen und Vereinen aus Nordrhein-Westfalen zusammen, die vor Ort über die notwendigen Strukturen verfügen. Mit Soforthilfen, etwa nach dem verheerenden Erdbeben in der Türkei oder durch Hilfsmaßnahmen für die Ukraine und den Libanon leistet die Landesregierung wichtige Unterstützung vor Ort und ergänzt die große Hilfs- und Spendenbereitschaft von Vereinen, Kirchen und Privatpersonen in unserem Land.

Mit der „Woche der Menschenrechte“ legen wir die Aufmerksamkeit auf Menschen aus der ganzen Welt, die mit ihrem Einsatz zum Schutz der universal geltenden Menschenrechte beitragen. In Zeiten, die von Kriegen und Konflikten geprägt sind und in denen Menschenrechte weltweit unter Druck stehen, ist uns diese Würdigung ein besonderes Anliegen. Auch im Kontakt mit ihren internationalen Partnerländern und -regionen tritt die Landesregierung nachdrücklich für die Wahrung der Menschenrechte ein. Dies beinhaltet den Einsatz gegen Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und gegen jede weitere Form der Diskriminierung von Minderheiten.

## **Zivilgesellschaft: Lokales Engagement für globale Herausforderungen**

Wir erkennen die besondere Funktion der Zivilgesellschaft als Taktgeber für gesellschaftlichen Wandel und sehen darin eine wichtige Säule zum Schutz unserer Demokratie. Für die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes spielen die hiesige Diaspora und Zivilgesellschaft als Brückenbauer und Vermittler eine wichtige Rolle. Diese Gruppen machen entwicklungspolitische Themen und die Perspektiven des Globalen Südens sichtbar und verankern den Eine-Welt-Gedanken in der Gesellschaft. Sie bringen ihre besonderen Kompetenzen in die Entwicklungszusammenarbeit ein und fördern so das Bewusstsein für globale Zusammenhänge sowie den gesellschaftlichen Konsens für Entwicklungszusammenarbeit.

Diese Partizipation stärkt die demokratische Kultur bei uns vor Ort. Eine-Welt-Politik lebt auch vom Engagement vieler Menschen.

Daher fördern wir entwicklungspolitisch aktive Vereine, Initiativen und Einzelpersonen. Das über viele Jahre gewachsene und mehrfach erfolgreich evaluierte Eine-Welt-Promotorenprogramm spielt dabei eine zentrale Rolle. Akteure wie das Eine-Welt-Promotorenprogramm und das Eine-Welt-Netz NRW als Dachverband entwicklungspolitischen Engagements sind elementar für das zivilgesellschaftliche Engagement und setzen mit ihren vielfältigen Bildungs- und Vernetzungsangeboten wichtige Impulse für die Eine-Welt-Arbeit in Nordrhein-Westfalen. Auch das Auslandsprogramm der Landesregierung fördert niedrigschwellige Kooperationen zwischen nordrhein-westfälischen Vereinen und Einrichtungen in Ghana, Südafrika, Teilen der arabischen Welt sowie dem Westbalkan und setzt wichtige Entwicklungsimpulse. Diese Kooperations- und Austauschbeziehungen stärken auf beiden Seiten die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und Diaspora für die demokratische Entwicklung und die andauernden Transformationsprozesse.

Die vom Land gegründete Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) ist eine wichtige Förderinstitution für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, Engagement für Natur- und Umweltschutz sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Die SUE unterstützt gemeinnützige Organisationen durch Projektberatung und -finanzierung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung.

Rund 7.000 zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure leisten, häufig ehrenamtlich und auch über tagesaktuelle Entwicklungen hinaus, einen wesentlichen Beitrag im Sinne der nachhaltigen Entwicklung bei uns in Nordrhein-Westfalen, aber auch außerhalb unserer Landesgrenzen. Das Spektrum der Aktivitäten dieser Gruppen deckt alle entwicklungspolitischen Themen ab, vom Fairen Handel über Ressourcenschutz, Gesundheitswesen, Bildungsangeboten, bis hin zu Energie und Klimaschutz. Diese Aktivitäten ergänzen die Auslandsarbeit des Landes und leisten einen wichtigen Beitrag zu Demokratiebildung, Selbstwirksamkeit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Nordrhein-Westfalen und tragen zugleich zum Aufbau von kollektiver Resilienz bei.

Die Sichtbarkeit von entwicklungspolitischen Themen ist entscheidend, um den bestehenden entwicklungspolitischen Konsens aufrechtzuhalten und eine konstruktive Auseinandersetzung über die Ziele und Instrumente von Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Kooperation zu ermöglichen. Entwicklungszusammenarbeit soll einem klaren Wertekompass folgen, Partnerschaften auf Augenhöhe gestalten und die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen zum Ziel haben.

## **Wissenschaft und Bildung: Schlüsselbereiche der nachhaltigen Entwicklung**

Nordrhein-Westfalen verfügt über eine einzigartige Bildungs- und Wissenschaftslandschaft, der die Landesregierung auch im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Aktivitäten eine hohe Bedeutung beimisst.

Wissenschaftskooperation als Teil der internationalen Kooperation dient der Förderung von Innovation, Zukunftsfähigkeit und Resilienz. Zahlreiche nordrhein-westfälische Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen forschen unter anderem zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit und internationaler Kooperation, evaluieren entwicklungspolitische Programme und schaffen über Politikberatung und Wissenschaftskooperationen wertvolle Synergien mit der Praxis. Hinzu kommt ein hohes Maß an Umsetzungskompetenz bei der Gestaltung und Begleitung von Transformationsprozessen. Als Landesregierung profitieren wir von diesem Wissen, um unsere entwicklungspolitischen Aktivitäten auszugestalten.

Kooperationen mit den Partnerregionen und -ländern im Bereich der Wissenschaft ermöglichen den Austausch von Wissen und Kompetenzen. Die Qualifizierung von jungen Menschen in zukunftsfähigen Bereichen trägt dazu bei, die Strukturen in den Regionen vor Ort und somit Perspektiven für die Menschen langfristig auszubauen und zu stärken. Gasthospitationen sind dafür ebenfalls von Bedeutung.

Entsprechende Aktivitäten fördern wir im Rahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit. Darüber hinaus werden im Rahmen der internationalen Jugendarbeit auch außerschulische Austauschprojekte unterstützt. Diese sollen als pädagogisches Angebot im Rahmen der Jugendhilfe junge Menschen zum interkulturellen Austausch ermutigen und ihnen Raum für Austausch und Begegnung über Ländergrenzen hinweg geben. Die Programme können zu grenzüberschreitenden, gemeinsamen Problemlösungen und damit zur Friedenssicherung beitragen. Dabei sollen insbesondere solche jungen Menschen an internationale Projekte herangeführt werden, die sonst kaum Möglichkeiten der Beteiligung haben, damit auch sie entsprechende Erfahrungen sammeln können. Gefördert werden aus dem Kinder- und Jugendförderplan Nordrhein-Westfalen insbesondere auch Aktivitäten von Jugendgruppen, die das Verständnis von globalen Zusammenhängen bei Themen wie Menschenrechte, Klimawandel, Fairer Handel, Migration in den Mittelpunkt stellen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) befähigt Kinder, Jugendliche und Erwachsene dazu, systemisch zu denken, nachhaltig zu handeln und selbstverantwortlich die Gesellschaft mitzugestalten. Die Landesregierung verfolgt mit der 2024 beschlossenen Strategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung – BNE in NRW 2030“ das Ziel, weiterhin und verstärkt BNE strukturell in das Bildungssystem und in alle Bildungsbereiche zu integrieren. Entwicklungspolitische Bildung und Globales Lernen leisten wichtige Beiträge bei der Umsetzung von BNE in Nordrhein-Westfalen. Die kritische Reflexion globaler Zusammenhänge, Fragen sozialer Gerechtigkeit sowie der Einbezug der Perspektiven von Menschen aus dem Globalen Süden fließen in die Bildungsarbeit ein. Die damit verbundenen Maßnahmen, Programme und Angebote stehen im Einklang mit dem Nationalen Aktionsplans BNE und dem Weltprogramm „BNE 2030“ der UNESCO.

## **Internationaler und UN-Standort Bonn: Kompetenzzentrum für internationale Politik und nachhaltige Entwicklung**

Bonn hat sich als zweites bundespolitisches Zentrum, als Standort der Vereinten Nationen sowie als Wissenschafts- und Forschungsregion erfolgreich etabliert. Mit 27 UN-Einrichtungen und rund 1.200 Mitarbeitenden ist Bonn der größte Standort der Vereinten Nationen in Deutschland. Im Zuge des umfassenden Reformprozesses innerhalb der Vereinten Nationen bestärken Bund, Land und Stadt ihr Bekenntnis zur multilateralen Zusammenarbeit und zu den Vereinten Nationen in Bonn. Wir werden Bonn als deutschen Sitz der Vereinten Nationen und internationaler Organisationen weiter stärken und im Schulterschluss mit der Bundesregierung um neue internationale Ansiedlungen und Konferenzen werben.

Durch kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Bund und der Bundesstadt Bonn ist in der Region ein dichtes Netzwerk aus Einrichtungen der Vereinten Nationen, Nichtregierungsorganisationen und Forschungsinstituten entstanden. Schwerpunkte der internationalen Aktivitäten sind die Entwicklungszusammenarbeit, Klima- und Umweltfragen, Gleichstellung, Katastrophenvorsorge und Cybersicherheit. Das in diesen Kooperationsstrukturen vorhandene Wissen ist in Zeiten von Krisen und Konflikten ein wichtiger Resilienzfaktor, von dem wir auch als Land Nordrhein-Westfalen profitieren.

## **Frieden, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Resilienz: stabile Rahmenbedingungen für Entwicklung**

Konflikte und Kriege, massive Menschenrechtsverletzungen sowie fehlende Entwicklungsperspektiven sind Gründe, warum Menschen aus ihren Heimatländern fliehen. Diese Fluchtursachen können grundlegend nur vor Ort bekämpft werden. Daher setzt sich die Landesregierung für zivile Krisenprävention und Stabilisierung ein. Im Fokus steht dabei neben der Ukraine besonders der Nahe Osten. Aufgrund der engen Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu Israel und den damit verbundenen Sicherheitsinteressen engagieren wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten in der Region. Mit der Hilfsinitiative „Shalom Chaveruth“ unterstützt das Land Menschen in Israel, die vom Terrorangriff durch die Hamas am 7. Oktober 2023 sowie den Folgen des Nahost-Krieges betroffen sind. Ergänzend zu dem Engagement in Israel sollen in den Palästinensischen Gebieten Projekte im sozialen sowie im Bildungs- und Gesundheitsbereich die Lebensbedingungen und Perspektiven der Menschen vor Ort verbessern. In der Ukraine stärken wir mit Blick auf den russischen Angriffskrieg die Resilienzfähigkeit der Gesellschaft, in dem wir insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Energie und Bildung zum Aufbau von Kapazitäten beitragen.

Die Landesregierung betrachtet Rechtsstaatlichkeit und gute Regierungsführung als unabdingbare Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung und erfolgreiche internationale Zusammenarbeit. Als Antwort auf die weltweit zunehmende Autokratisierung und Desinformationskampagnen durch Drittstaaten begleiten wir im Rahmen unserer Kompetenzen und auch auf europäischer Ebene Reformprozesse, Beschlüsse und Initiativen, die die rechtsstaatlichen Institutionen und Strukturen in unseren Partnerländern stärken. Dabei arbeiten Landesregierung und -behörden mit Akteuren der internationalen Zusammenarbeit zusammen und teilen wertvolle Expertise bei Workshops, Konferenzen und Fachgesprächen.

Expertinnen und Experten aus Nordrhein-Westfalen bringen ihre Fachkompetenz in Programmen zur Förderung rechtsstaatlicher Reformen, zur Modernisierung von Justizeinrichtungen sowie zur juristischen Fachqualifizierung ein. Sie unterstützen Partnerstaaten dabei, Fortbildungskonzepte zu entwickeln und unabhängige, leistungsfähige Justizsysteme zu stärken. Ihr Engagement ist Ausdruck des hohen Verantwortungsbewusstseins gegenüber internationalen Rechtsstaatlichkeits- und Demokratieinitiativen und trägt maßgeblich zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele des Landes bei. Daneben ermöglichen zahlreiche internationale Gerichtspartnerschaften des Landes Nordrhein-Westfalen einen kontinuierlichen Dialog zwischen unterschiedlichen Akteuren aus der Justiz.

Im Rahmen von Fachbesuchen oder gemeinsamen Workshops werden bewährte Verfahren, digitale Innovationen sowie Ansätze guter Justizverwaltung geteilt und weiterentwickelt. Die Partnerschaften stärken nicht nur das gegenseitige Verständnis unterschiedlicher Rechtssysteme, sondern schaffen nachhaltige Strukturen der Vertrauensbildung und institutionellen Zusammenarbeit.

Frieden ist ebenfalls eine Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung. Das vom Land initiierte Netzwerk Friedens- und Konfliktforschung arbeitet an dieser Schnittstelle und leistet wertvollen Wissenstransfer für Politik und Verwaltung.

Unser Engagement für Frieden und Rechtsstaatlichkeit entbindet die politischen Entscheidungsträger vor Ort jedoch nicht von ihrer Verantwortung, selbst umfassende Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung umzusetzen.

## **Klima – und Umweltschutz: eine globale Querschnittsaufgabe**

Klima- und Umweltschutz sowie innovatives, nachhaltiges und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften sind globale und gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgaben. Die Klimakrise entzieht Menschen ihre Lebensgrundlagen und treibt sie in die Flucht. Klimabedingte Fluchtgründe lassen sich auch durch einen engagierten Klimaschutz, wie ihn die Landesregierung vorantreibt, beheben.

Als bedeutendste Energieregion Europas steht Nordrhein-Westfalen mit einer leistungsfähigen Industrie in einer besonderen Verantwortung für den Klima- und Umweltschutz und die Energiewende. Im Zuge des Strukturwandels hat sich hier eine breite klima-, umwelt- und energietechnologische Kompetenz entwickelt. Es ist unser Ziel, dieses Wissen mit unseren Partnerregionen zu teilen und somit aufzuzeigen, dass soziale, ökonomische und ökologische Ziele erfolgreich miteinander in Einklang gebracht werden können.

In diesem Zusammenhang übernehmen auch die nordrhein-westfälischen Kommunen eine wichtige Rolle, indem sie im Rahmen ihrer Klimapartnerschaften ihre Expertise, Verwaltungsstrukturen und praktischen Erfahrungen einbringen. Zugleich profitieren sie in hohem Maße vom Wissen ihrer Partnerkommunen, die aufgrund ihrer spezifischen klimatischen Herausforderungen oft bereits über umfangreichere Praxiserfahrungen verfügen und Lösungsansätze teilen können. Der Austausch auf lokaler Ebene schafft dadurch nicht nur wertvolle Impulse für die kommunale Praxis, sondern erweitert das gemeinsame Verständnis von wirksamen Klimaschutz- und Anpassungsstrategien. So entsteht neues Wissen, das die Handlungskompetenz aller Beteiligten stärkt und eine tragfähige Grundlage für Klima- und Umweltschutz bildet.

Um den Klimaschutz auf internationaler Ebene voranzutreiben, ist das Land Nordrhein-Westfalen als Gründungsmitglied und Mitglied der Lenkungsgruppe der Under2 Coalition aktiv. Die globale Gemeinschaft subnationaler Regierungen hat sich im Einklang mit dem Pariser Abkommen zu ehrgeizigen Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet und sich in den letzten Jahren zu einem einflussreichen Akteur der internationalen Klimadiplomatie entwickelt.

Über unsere Erfahrungen und unser Know-How tauschen wir uns im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus. Als Landesregierung unterstützen wir den „ACE-Hub – Action for Climate Empowerment-Hub“ des UN-Klimasekretariats in Bonn. Das Angebot an Seminaren und Netzwerkveranstaltungen zu den Themen Klimaschutz und -bildung bietet die Möglichkeit, die in Nordrhein-Westfalen erworbenen Kompetenzen zu teilen und Akteure aus Nordrhein-Westfalen mit Akteuren aus aller Welt zu vernetzen.

## **Kunst und Kultur bereichern die entwicklungspolitische Zusammenarbeit**

Als Land Nordrhein-Westfalen profitieren wir von einem ausgeprägten gesellschaftlichen Kreativpotenzial als wichtigem Beitrag für eine resiliente Gesellschaft. Zahlreiche lebendige und gut funktionierende Kultur-Kooperationen reihen sich in die entwicklungspolitische Tradition in unserem Land ein und prägen den Austausch mit Kulturakteuren aus anderen Ländern. Kunst und Kultur schaffen Begegnungsräume, fördern Identität und können als Treiber für gesellschaftlichen Zusammenhalt bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen helfen. Die Landesregierung ist bestrebt, das gesellschaftliche Engagement in Kunst und Kultur dort zu unterstützen, wo sich im Kontext der entwicklungspolitischen Schwerpunkte sinnvolle Anknüpfungspunkte ergeben.

Im Rahmen der Regionalpartnerschaft mit der Oblast Dnipropetrowsk ist uns die Förderung von Kulturschaffenden ein besonderes Anliegen. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges wurden zahlreiche Kultureinrichtungen schwer beschädigt und die Arbeit von Künstlerinnen und Künstlern erheblich beeinträchtigt. Durch Unterstützung vor Ort, aber auch indem wir Kulturschaffende aus Dnipropetrowsk und Nordrhein-Westfalen zusammenbringen, möchten wir zum Kulturaustausch und -erhalt beitragen.

## **Sport als verbindendes Element für nachhaltige Entwicklung**

Sport bewegt und verbindet Menschen auf der ganzen Welt – über alle sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Grenzen hinweg. Wie kaum ein anderes Thema wirkt er mit seinen professionellen und ehrenamtlichen Strukturen in alle gesellschaftlichen Bereiche hinein. Er ermöglicht Teilhabe, baut Vorurteile ab, fördert Integration und Inklusion, stiftet Identität und stärkt die internationale Verständigung. Vor diesem Hintergrund bietet der Sport eine zusätzliche Perspektive für die entwicklungspolitischen Aktivitäten des Landes Nordrhein-Westfalen. Über das Promotorenprogramm fördern wir Bildungs- und Vernetzungsangebote für Sportverbände, Sportvereine, Schulen und Bildungseinrichtungen mit Sportbezug, die sich für eine global gerechte sozial-ökologische Nachhaltigkeit engagieren wollen.